



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

2012-2014

Statistik für Rheinland-Pfalz



Entwicklungen und Perspektiven



Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen beiden Jahren den Weg der nutzerorientierten Aufbereitung von Ergebnissen konsequent weiter beschritten. Dabei kommt der grafischen und kartografischen Darstellung eine immer größere Bedeutung zu. In dieses Konzept fügen sich die geobasierten Internetanwendungen ein, die einen Beitrag zur Geodateninfrastruktur des Landes leisten und zugleich einen weiteren Zugang zum umfangreichen Regionaldatenangebot darstellen.

Die Bereitstellung möglichst tief gegliederter Regionaldaten gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Statistischen Landesämter in der föderal organisierten amtlichen Statistik. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ist hier seit vielen Jahren mit Print- und Onlineangeboten gut aufgestellt. Ausgehend von Nutzerwünschen wird die Produktpalette weiter ausgebaut.

Die bewährte Reihe der Statistischen Analysen, die mit einer ansprechenden Mischung aus Tabellen, grafischer Darstellung und kurzen Kommentierungen Themen umfassend behandeln, wurde mit einigen Neuauflagen fortgesetzt, unter anderem zur Bevölkerungsvorausberechnung auf Kreisebene.

Ausgebaut wurde in den zurückliegenden Jahren die Konjunkturberichterstattung. Die monatlichen Schnellmeldungen zum Auftragseingang sowie zur Produktion im Verarbeitenden Gewerbe werden, ebenso wie die Monatserhebung im Baugewerbe, saison- und kalenderbereinigt, um Sondereinflüsse wie beispielsweise die unterschiedliche Anzahl an Werktagen auszuschalten. Mit der Umstellung einher ging der Aufbau eines umfassenden Indikatorensystems im Internet.

Abgeschlossen ist die umfassende Aufbereitung der Ergebnisse des Zensus 2011. Nachdem im Frühjahr 2013 die amtlichen Einwohnerzahlen sowie Eckzahlen zu Gebäuden und Wohnungen veröffentlicht wurden, folgten im Frühjahr 2014 die regionalisierten Ergebnisse zu demografischen Merkmalen, zu Haushalten und Familien sowie zur Wohnsituation.

Die Europäische Union beeinflusst in hohem Maße Inhalt und Struktur der amtlichen Statistik. Rund 80 Prozent der statistischen Merkmale werden auf der Grundlage von EU- und Bundesregelungen getroffen. Im Jahr 2014 steht die Überprüfung der amtlichen Statistik in Deutschland durch die EU an. Der finanzielle Rahmen für das Statistische Landesamt wird angesichts der Schuldenbremse enger. Umso wichtiger sind daher Einsparungen, die sich aus dem technischen Fortschritt, der Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern sowie durch die Optimierung von Arbeitsabläufen ergeben.

Gleichzeitig muss sich die amtliche Statistik an neue und wachsende Datenanforderungen anpassen. Größtes Projekt in diesem Zusammenhang ist die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken, das dem wachsenden Bedarf an Sozialdaten ebenso Rechnung tragen soll wie der Notwendigkeit, flexibler auf neue Anforderungen reagieren zu können.

Bad Ems, im Juli 2014

A handwritten signature in blue ink that reads "Jörg Berres". The signature is stylized and fluid.

(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes

Nutzen

Ausbau der Analysen-Reihe, Konjunkturberichterstattung und Geowebdienste 4

Aufgaben

Ergebnisse des Zensus 2011 und Weiterentwicklung von Erhebungen 12

Rahmen

Europäische Standards, engerer Finanzrahmen, Optimierungspotenziale
und technische Weiterentwicklungen 19

Erläuterung zu Rahmen

Institutioneller Rahmen 20

Wahlen

Schnelle Ergebnisermittlung und Mitwirkung an Rechtsänderungen 24

Ansprechpartner 25

Ausbau der Analysen-Reihe, Konjunkturberichterstattung und Geowebdienste

Statistiken sind die Grundlage für Entscheidungen. Anspruch des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz ist es daher, die Ergebnisse anschaulich und leicht verständlich aufzubereiten. Dabei kommt der grafischen und kartografischen Darstellung große Bedeutung zu. Textliche Kommentierungen helfen, die Zahlen einzuordnen. Zugleich ist es Anspruch, die Ergebnisse vollständig für jedermann frei zugänglich anzubieten.

Statistische Analysen

Die Reihe der Statistischen Analysen wurde in den zurückliegenden beiden Jahren mit Neuauflagen fortgesetzt, von denen die Bevölkerungsvorausberechnung auf Kreisebene sicherlich die wichtigste war. Erstmals wurden Ergebnisse einer Landwirtschaftszählung in Form einer Statistischen Analyse aufbereitet.

Demografischer Wandel: Rheinland-Pfalz 2060

Als das Statistische Landesamt im Jahr 2002 die erste Bevölkerungsvorausberechnung unter dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050“ vorlegte, war der demografische Wandel für viele noch ein Thema aus ferner Zukunft. Inzwischen ist klar: Wir stecken bereits mitten drin. Lag das Medianalter zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung noch bei 39 Jahren, erreicht es inzwischen mehr als 44 Jahre. Dementsprechend erfuhr auch die dritte regionalisierte Vorausberechnung ein reges Interesse in den Medien, in der Politik

und bei den vielen gesellschaftlichen Gruppen, die sich mit der Gestaltung des demografischen Wandels beschäftigen. Die Publikation stellte Präsident Jörg Berres im Sommer 2012 gemeinsam mit den Staatssekretärinnen Heike Raab (Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur) und Jacqueline Kraege (damals Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, inzwischen Chefin der Staatskanzlei) in Mainz vor. Mit seiner ersten Bevölkerungsvorausberechnung vor zehn Jahren habe das Statistische Landesamt einen entscheidenden Bewusstseinswandel angestoßen, so Staatssekretärin Raab. Die Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes helfen nach Überzeugung von Staatssekretärin Kraege, Strategien zur Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels aktiv auf die Regionen anzupassen.

Auf Kreisebene reicht der Projektionszeitraum jetzt bis zum Jahr 2060, auf der Ebene der Verbandsgemeinden bis 2030. Die detaillierten Ergebnisse für alle Gebiete stehen im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.

Mit Vorliegen der detaillierten Fortschreibungsergebnisse auf Basis des Zensus 2011 im Sommer 2014 wird die vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung in Angriff genommen. Die Veröffentlichung ist zu Beginn des Jahres 2015 vorgesehen.

Landwirtschaftszählung 2010

Erstmals nach zehn Jahren fand im März 2010 wieder eine Landwirtschaftszählung statt. Sie ist Teil des von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) initiierten weltweiten Agrarzensus. Die Ergebnisse wurden in der Reihe der Statistischen Analysen eingehend beleuchtet. Die Veröffentlichung vermittelt mit 56





kommentierten Grafiken einen Einblick in die rheinland-pfälzische Landwirtschaft. Tabellen und Karten auf Kreisebene ergänzen die Publikation.

Analysen zur Bundestagswahl 2013

Zwei Veröffentlichungen zur Bundestagswahl beschlossen für das Jahr 2013 die Reihe der Statistischen Analysen. Zum vierten Mal wurden zu einer Bundestagswahl noch in der Wahlnacht die Ergebnisse auf der Landes-, Wahlkreis- und Kreisebene beschrieben und kommentiert. Band N° 30 der Reihe „Statistische Analysen“, der am frühen Montagmor-



gen nach dem Wahltag im Internet veröffentlicht wurde, gibt außerdem Auskunft über den Einfluss wichtiger Merkmale auf die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten sowie über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz.

Die Repräsentative Wahlstatistik, die Erkenntnisse über das Wählerverhalten nach Alter und Geschlecht liefert, erschien im Dezember 2013 als Band N° 31.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Bereits zum achten Mal wurde 2013 ein umfassender Bericht über die „Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ in der Reihe der Statistischen Analysen vorgelegt und – wie in den vorangegangenen Jahren – gemeinsam von Wirtschaftsministerin Eveline Lemke und Präsident Jörg Berres in Mainz vorgestellt.



In der Analyse werden anhand der statistischen Daten die Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft sowie in den einzelnen Branchen beschrieben. Ausführlich werden die ökonomischen Tendenzen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen behandelt. In umfangreichen Tabellen und Grafiken sind zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dargestellt. Zur schnellen Übersicht wurden die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung in kompakter Form als Kernaussagen zusammengefasst und der Analyse vorangestellt.

Nutzen

Um dem Interesse von Medien, Wirtschaft und Politik an einem aktuellen Ausblick für das laufende Jahr Rechnung zu tragen, wurde die Struktur des Berichts geändert. Der Ausblick, der bislang den einzelnen Kapiteln zugeordnet war, erscheint jetzt in einem gesonderten Beiheft, das wenige Tage vor der Pressekonferenz produziert wird. Das ermöglicht eine höhere Aktualität der Daten und Kommentierungen.

Ländervergleich

Wo steht Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer? Zum vierten Mal wurde dieser Frage in der Reihe der Statistischen Analysen nachgegangen. Darin sind für alle Bundesländer Daten zu Merkmalen aus den Themenbereichen Bevölkerung, Wohlstand und Soziales, Gesundheit und Pflege, Wahlen, Bildung, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Wirtschaft, Entwicklungspotenziale, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen zusammengestellt. Die Ergebnisse werden anhand von Grafiken veranschaulicht und in kurzen Texten kommentiert. Der umfangreiche Tabellenteil enthält neben den aktuellen Daten auch die Werte für zurückliegende Jahre und zeigt somit auch längerfristige Entwicklungen auf.



Kennzahlen zur Bildung

Neu aufgelegt wurden zu Beginn des Jahres 2013 die „Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“. Der



150-seitige Band enthält wieder umfangreiche Informationen zu den wichtigsten Bildungsbereichen, beginnend mit der frühkindlichen Betreuung und Erziehung sowie der schulischen Bildung und endend mit der allgemeinen Weiterbildung. Die Systematik von Grafiken, beschreibenden Texten, Erläuterungen und Tabellenanhang wurde beibehalten. Darüber hinaus wurde die Veröffentlichung u. a. um Darstellungen zum Deutschlandstipendium, zur Studierendenerfolgsquote und zur Bildungsrendite ergänzt.

Regionaldatenangebot

Die Bereitstellung möglichst tief gegliederter Regionaldaten gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Statistischen Landesämter in der föderal organisierten amtlichen Statistik. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ist hier seit vielen Jahren mit Print- und Onlineangeboten gut aufgestellt. Ausgehend von Nutzerwünschen sowie von neuen technischen Möglichkeiten wird die Produktpalette weiter ausgebaut.

Geowebdienste

Die Visualisierung über Karten gewinnt bei der Informationsvermittlung immer mehr an Bedeutung. Im Sommer 2013 schaltete Innenminister Roger Lewentz gemeinsam mit Präsident Jörg Berres die ersten geobasierten Internetanwendungen des Sta-



Innenminister Roger Lewentz und Präsident Jörg Berres bei der Vorstellung der Geowebdienste

tistischen Landesamtes frei. Damit wird einerseits ein Beitrag zum Geoportal des Landes geleistet, zum anderen wird ein weiterer Zugang zum umfangreichen Regionaldatenangebot geschaffen. Zum Start wurden die drei Themenfelder Bevölkerung, Bildung und Wahlen umgesetzt, zu denen eine Vielzahl von Indikatoren in dynamischen Karten visualisiert werden können. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, etwa im Altersaufbau von Gemeinden, sind so auf einen Blick zu erfassen. Die Eckdaten des jeweiligen Indikators sowie weitere ausgewählte Werte können per Mausklick hinzugeblendet werden, außerdem stehen Ergebnisse für die jeweils angezeigte Gebietsebene in Tabellenform zur Verfügung. Inzwischen wurde die Themenpalette um die Wasserpreise ergänzt, weitere Indikatoren, beispielsweise aus den Themenfeldern Erwerbstätigkeit und Soziales, werden im Laufe des Jahres 2014 folgen.

Die Darstellung statistischer Merkmale über Geowebdienste und die Verankerung im Geoportal des Landes bietet die Möglichkeit der Verknüpfung mit den Diensten anderer Datenanbieter.

Wer im Geoportal unterwegs ist, kann sich dank einer weiteren Anwendung des Statistischen Landesamtes, die gleichzeitig mit den Geowebdiensten gestartet wurde, mit einem Klick die wichtigsten Informationen zu einer Gemeinde, einer Stadt, einer Verbandsgemeinde oder einem Landkreis anzeigen lassen. Der Service basiert auf dem Angebot „Meine Heimat“.

Open Data

Umfangreiche Daten des Statistischen Landesamtes sind seit Frühjahr 2013 auch über das Open-Data-Portal des Landes zugänglich. Im Vorfeld der Computermesse CeBit, auf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Staatssekretärin Heike Raab das rheinland-pfälzische Open-Data-Angebot offiziell freischalteten, wurden entsprechende Verlinkungen eingerichtet und die Metadaten zur Verfügung gestellt. Wer über www.daten.rlp.de nach Informationen sucht, findet unter anderem das Basisangebot an HTML-Tabellen sowie die PDF-Dateien der Regionaldaten-Kompasse. Die Daten zu den Geowebanwendungen werden automatisch Teil des Open-Data-Angebotes des Landes.

Meine Heimat

Herzstück des Regionaldatenangebots im Internet ist nach wie vor der datenbankgestützte Service „Meine Heimat“ mit umfassenden Informationen für alle Ebenen von der Ortsgemeinde über die Verbandsgemeinde und den Landkreis bis hin zum Land. Nutzerinnen und Nutzer bekommen über das gesamte Themenspektrum aktuelle Daten, Zeitreihen und Vergleiche mit Kommunen gleicher Größenklasse.

Zahlreiche Kommunen haben von ihren Internetangeboten aus einen direkten Link gesetzt und ergänzen so das Informationsangebot für ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Beliebtheit dieses auf die einzelne Gemeinde zugeschnittenen Service zeigte sich auch im Jahr 2013 anhand steigender Zugriffszahlen.

Inhaltlich wurde der Bereich Kommunalfinanzen deutlich ausgebaut. So werden auf der Verbandsgemeindeebene jetzt neben den Werten des Verbandsgemeindehaushalts auch die Daten einschließlich der Ortsgemeinden aufgeführt. Entsprechendes gilt für die Landkreise, für die die Angaben aus den Kreishaushalten durch die Summenwerte der nachgeordneten Ebenen ergänzt wurden.

Datenkompass

Neben „Meine Heimat“, das für alle kommunalen Ebenen ein umfassendes Themenspektrum bietet,

Nutzen

besteht Bedarf an ausführlichen Darstellungen einzelner Themen für ein bestimmtes Gebiet. Einen wichtigen Beitrag leisten hier seit vielen Jahren die Datenkompass. Für ausgewählte Themenfelder wie Bevölkerung, Wirtschaft oder Tourismus liefern die PDF-Dateien für einzelne Landkreise umfassendes Datenmaterial. Rangziffern, Vergleiche mit der jeweiligen Planungsregion und dem Land insgesamt sowie verlinkte Karten ermöglichen die schnelle Einordnung der Ergebnisse.

Ein entsprechendes Angebot für die Verbandsgemeindeebene wird derzeit aufgebaut und soll im Jahr 2014 sukzessive veröffentlicht werden.

Internetangebot

Auch abseits der Regionaldaten entwickelt sich das Internetangebot des Statistischen Landesamtes weiter. Ziel ist es, ein für die Nutzer einfach zu erfassendes, gestuftes Angebot zu schaffen. Mit wenigen Klicks sollen die gewünschten Basisinformation in Form von Tabellen erreichbar sein, von denen aus Links zu tiefer gegliederten Angeboten führen. Der Umbau des Internetangebots ist im Jahr 2013 mit der Erweiterung des Tabellenprogramms gestartet. Der Menüpunkt Tabellen wurde zur besseren Orientierung in Basisdaten Land, Basisdaten regional, Zeitreihen Land und Zeitreihen regional untergliedert. Die Tabellen stehen auch im Excel-Format zum Download bereit. Im zweiten Ausbauschnitt sollen den Tabellen Erläuterungen zu Methode, Rechtsgrundlagen und Begriffen hinterlegt sowie die Links zu weiterführenden Informationen gesetzt werden, beispielsweise zu Statistischen Berichten, Analysen oder Monatsheftbeiträgen.

Konjunkturbeobachtung

Die Konjunkturberichterstattung wurde in den zurückliegenden Jahren ausgebaut. Seit dem Sommer 2012 werden die monatlichen Schnellmeldungen zum Auftragseingang sowie zur Produktion im Verarbeitenden Gewerbe saison- und kalenderbereinigt, um Sondereinflüsse wie beispielsweise die unterschiedliche Anzahl an Werktagen auszuschalten.

Seit dem Berichtsmonat März 2013 wird dieses Verfahren auch auf die monatliche Konjunkturmeldung zum Bauhauptgewerbe angewendet. Mit der Umstellung einher ging der Aufbau eines umfassenden Indikatorensystems im Internet. Interessierte haben die Möglichkeit, sich für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt sowie für einzelne Branchen die Konjunkturverläufe seit 2008 in Form von Tabellen und Grafiken anzeigen zu lassen. Neben den saison- und kalenderbereinigten Werten werden auch die Originaldaten sowie eine Trend-Konjunktur-Komponente geliefert.

Öffentlichkeitsarbeit

Wissen zum demografischen Wandel gefragt

Die Kompetenz des Statistischen Landesamtes in Sachen demografische Entwicklung zeigt sich in zahlreichen Einladungen zu Vortragsveranstaltungen, Workshops und Ausstellungen. Unternehmerverbände, Kommunen, Parteien, Ministerien, Kirchen und Medien fragen das Expertenwissen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung an.

So wurde die seit einigen Jahren gepflegte Zusammenarbeit mit dem Verlegerverband Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland im Jahr 2013 mit der Teilnahme an einem Workshop zum demografischen Wandel fortgeführt.

Zum Auftakt der ersten Demografiewoche Rheinland-Pfalz, die vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie veranstaltet wurde, beteiligte sich das Statistische Landesamt Ende Oktober 2013 am „Markt der Möglichkeiten“.



Auftakt zur Demografiewoche 2013 in Trier

Neben den Vorausberechnungen fanden bei den Veranstaltungen die im Frühjahr 2013 vorgelegten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung reges Interesse. Diese im Rahmen des Zensus 2011 erhobenen Daten ermöglichen eine kleinräumige Darstellung beispielsweise der Leerstandsquoten.

Rheinland-Pfalz-Tage

Zum Rheinland-Pfalz-Tag 2013 in Pirmasens wurden die Zensus-Ergebnisse in den Mittelpunkt gestellt und den Besucherinnen und Besuchern anhand von Karten, Präsentationen sowie des umfassenden Internetangebots näher gebracht. Wegen der Nähe zur französischen Grenze, und weil Rheinland-Pfalz derzeit den Vorsitz in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie hat, war ein weiterer Schwerpunkt die Darstellung der Ergebnisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Statistischen Ämter. Daneben fand – wie in den Vorjahren – das breite Regionaldatenangebot im Internet reges Interesse.



Staatssekretärin Heike Raab im Gespräch mit Präsident Jörg Berres beim Rheinland-Pfalz-Tag 2013 in Pirmasens

Die Ausstellungen zu den Rheinland-Pfalz-Tagen belegen auch das wachsende Interesse an kartografischen Darstellungen. So waren die Plakate zu den Themen regenerative Energien und Kindertagesbetreuung, die 2012 in Ingelheim im Mittelpunkt standen, dicht umlagert und sorgten für angeregte Diskussionen unter den Besucherinnen und Besuchern.

Forschungsdatenzentrum der Länder (FDZ)

Der Service, den die statistischen Landesämter der Wissenschaft mit dem Forschungsdatenzentrum der

Länder bieten, wurde am Standort Bad Ems auch in den zurückliegenden beiden Jahren rege in Anspruch genommen. Insbesondere ist eine anhaltend starke Nachfrage nach Mikrodaten der Bevölkerungsstatistiken – vor allem der Volkszählungen 1970 und 1987 – festzustellen. Auch der Gastwissenschaftlerarbeitsplatz des Standorts Bad Ems ist gefragt. So nutzen beispielsweise Forscher der Otto Beisheim School of Management Vallendar (WHU) diese Datenzugangsform für die Entwicklung von Software zur Analyse von Mikrodaten der Krankenhausstatistik.

Die zunehmende Bedeutung der amtlichen Statistik als Dienstleister für die Wissenschaft wurde im Juni 2013 bei einer Vortragsveranstaltung an der Universität Trier deutlich gemacht, die gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik von Professor Dr. Ralf Münnich organisiert wurde. Dabei wurden die rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Mikrodaten aufgezeigt und das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums vorgestellt. Die Präsentation der Zugangswege und das Analysepotenzial der bereitgestellten Mikrodaten fanden bei den Studierenden reges Interesse.

Dienstleistungen

Das breite Datenangebot, vor allem aber die Kompetenz in Aufbereitung und Analyse der Ergebnisse, sorgen für Nachfrage nach passgenauen Dienstleistungen. Insbesondere Ministerien, aber auch Kammern und Verbände setzen auf diesen Service.

Daten für Landesplanung

Die fünf regionalen Planungsgemeinschaften im Land stehen vor der Aufgabe, neue regionale Raumordnungsberichte zu erstellen. Im Auftrag der beim Wirtschaftsministerium angesiedelten obersten Landesplanung hat das Statistische Landesamt dazu eine umfangreiche Datensammlung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden für alle Bereiche Schaubilder und thematische Karten angefertigt. Auch für Stellungnahmen der Landesplanung zur rheinland-

Nutzen

pfälzischen Kommunalreform wurden umfangreiche Datenbestände aufbereitet.

Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie

Zum zweiten Mal hat das Statistische Landesamt im Jahr 2013 den Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung erstellt. Dieser zielt darauf ab, mithilfe aussagefähiger statistischer Indikatoren die Handlungsfelder einer nachhaltigen Politik aufzuzeigen sowie die Entwicklungen in diesen Handlungsfeldern zu beobachten und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Der Bericht enthält 39 Indikatoren, mit denen die Entwicklung in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales beschrieben wird. Da die Nachhaltigkeitsstrategie langfristig ausgerichtet ist, sollte auch das Indikatorensystem eine gewisse Kontinuität aufweisen. Deshalb blieb der verwendete Indikatorensatz 2013 gegenüber 2011 unverändert. Vor dem nächsten Bericht, der voraussichtlich 2015 erstellt wird, ist eine grundlegende Überprüfung geplant.



Energieberichterstattung

Bereits zum fünften Mal wurde im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung mit den Energie- und CO₂-Bilanzen die energiestatistische Basis für die Energiebericht-

erstattung des Landes berechnet. Im Zuge der Erstellung der Energie- und CO₂-Bilanz 2011 waren methodische Änderungen erforderlich, um Datenlücken im Bereich des Mineralöls zu schließen, die durch die Einstellung der Datenlieferungen des Mineralölwirtschaftsverbands aufgetreten waren. Aus diesem Grund konnten die Berechnung der Bilanzen erst im Herbst 2013 abgeschlossen werden.

Auch an der Erstellung des Energieberichts für Rheinland-Pfalz hat das Statistische Landesamt maßgeblich mitgewirkt. Für den vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung herausgegeben Bericht wurden umfangreiche Auswertungen erstellt und textlich kommentiert. Rund zwei Drittel der Tabellen und Grafiken des Berichts stammen vom Statistischen Landesamt.

Wirtschaftliche und soziale Lage

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie wurde für die Kommission zur Überprüfung des Mindestentgelts gemäß Landestariftreuegesetz ein „Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage in Rheinland-Pfalz“ erstellt und Ende Juni dem aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften bestehenden Gremium vorgestellt.

Kommunales Bildungsmonitoring

Das im Jahr 2009 zunächst mit Modellkommunen gestartete Projekt „Kommunales Bildungsmonitoring“ – in Rheinland-Pfalz waren Trier und Speyer beteiligt – steht seit 2013 flächendeckend für alle Landkreise und kreisfreien Städte zur Verfügung. Die Kommunen können die von den statistischen Ämtern der Länder betriebene Bildungsdatenbank unter anderem für die Erstellung von Bildungsberichten nutzen. Bei der Datengewinnung und Interpretation werden sie durch das Statistische Landesamt beraten und unterstützt.

Historische Statistik

Zum 65-jährigen Landesjubiläum im Jahr 2012 hat das Statistische Landesamt einen Band zum drei-

teiligen Handbuch „Kreuz – Rad – Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte“ beigesteuert. Diese Publikation, die vom Landtag und der Staatskanzlei gefördert wurde, bietet einen Überblick über die Geschichte der heute zum Bundesland Rheinland-Pfalz gehörenden Gebiete von den Anfängen der Menschheit bis zur Gegenwart. Der vom Statistischen Landesamt erstellte Band beleuchtet die Geschichte des Landes und seiner Regionen aus dem Blickwinkel der amtlichen Statistik. Hierzu wurden zahlreiche Quellen in verschiedenen Archiven sowie die seit dem Kriegsende im Statistischen Landesamt gesammelten Publikationen ausgewertet.

Im Rahmen eines Festaktes zur Überreichung des Handbuchs an Landtagspräsident Joachim Merthes wurde die enge Zusammenarbeit zwischen Geschichtswissenschaft und amtlicher Statistik besonders gewürdigt. Sie sei ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu anderen landeshistorischen Hand-



büchern. Aufgrund der großen Nachfrage wurden bereits wenige Monate nach dem Erscheinen 3 000 Exemplare nachgedruckt.

Ergebnisse des Zensus 2011 und Weiterentwicklung von Erhebungen

In den zurückliegenden Jahren prägte der Zensus 2011 die Arbeit des Statistischen Landesamtes. Daneben wurde in verschiedenen Themengebieten das Erhebungsspektrum ausgeweitet und verändert, um Antworten auf neue Fragestellungen zu liefern.

Zensus 2011

Ein erfreulich großes, aber unaufgeregtes Medieninteresse fand die Präsentation der ersten Zensus-Ergebnisse Ende Mai 2013. Auf der Pressekonferenz im Mainzer Landtagsgebäude, auf der Innenminister Roger Lewentz und Präsident Jörg Berres die Zahlen vorstellten, blieben kritische Fragen aus, und auch die Berichterstattung in den Folgetagen war ausgesprochen sachlich. Ein Grund dafür dürften die geringen Abweichungen der Ergebnisse zur Bevölkerungsfortschreibung und zum Melderegister sein, aber auch der Umstand, dass die amtlichen Einwohnerzahlen für die Finanzausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz keine Bedeutung haben.

Rund zwei Jahre lagen zwischen Erhebungstichtag und Präsentation der ersten Ergebnisse. Damit wurde der Zeitrahmen, der vor Beginn der Zählung geplant war, um rund ein halbes Jahr überschritten. Das ist angesichts der neuen Methode, die erstmals bei einer Volkszählung angewendet wurde, ver-

treibar. Anders als bei früheren Volkszählungen, bei denen flächendeckend alle Haushalte befragt wurden, stützte sich der Zensus 2011 weitgehend auf bestehende Register. Die Daten wurden vor allem aus den Melderegistern der Kommunen sowie aus den erwerbsstatistischen Registern der Bundesagentur für Arbeit und der öffentlichen Arbeitgeber gewonnen. Um die Qualität der so erhobenen Daten zu sichern und um Merkmale abzufragen, die nicht in den Registern enthalten sind, wurde eine Haushaltsstichprobe durchgeführt, die in Rheinland-Pfalz 13,5 Prozent der Bevölkerung mit Haupt- und Nebenwohnsitz umfasste. Daneben fanden flächendeckende Befragungen in Gemeinschaftsunterkünften wie Studenten- oder Seniorenwohnheimen statt. Außerdem erhielten alle 1,1 Millionen Wohneigentümer einen Fragebogen.

Unmittelbar nach Abschluss der Erhebungsphase startete die Aufbereitung des riesigen Datenbestandes. Insgesamt waren annähernd 15 Millionen Datensätze rheinland-pfälzischer Bürgerinnen und Bürger aus dem Einwohnerinformationssystem des Landes sowie aus Erwerbsregistern in zentrale Aufbereitungsverfahren eingelagert worden.

Parallel dazu galt es, die 1,6 Millionen Papierbelege aus den primärstatistischen Erhebungen in elektronisch zu verarbeitende Datenformate zu bringen. Insgesamt mussten mehr als elf Millionen Seiten entsprechend aufbereitet werden. Zu Registerauszügen und Papierfragebögen kamen die Antworten



Innenminister Roger Lewentz und Präsident Jörg Berres präsentierten die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 der Presse



Präsident Jörg Berres stand bei der Pressekonferenz zur Präsentation der Zensusergebnisse Rede und Antwort

von rund 632 000 Befragten, die im Rahmen der Begleiterhebungen via Internet gemeldet hatten.

Die elektronisch aufgearbeiteten Daten wurden umfangreichen Plausibilitätskontrollen unterzogen und auftretende Unklarheiten zum Teil durch Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen bereinigt. Im nächsten Schritt galt es, die Daten aus den unterschiedlichen Erhebungsteilen zu konsistenten Datenbeständen zusammenzuführen.

Auf dieser Grundlage wurden im Mai 2013 die amtlichen Einwohnerzahlen zum Stichtag 9. Mai 2011 für alle Gemeinden veröffentlicht, außerdem umfassende Strukturdaten zur Bevölkerung, zu Gebäuden und zu Wohnungen.

Die durch den Zensus 2011 festgestellte Einwohnerzahl für das Land lag mit 3 989 808 Menschen nur um 0,2 Prozent unter dem Fortschreibungsergebnis, das auf der Basis der Volkszählung von 1987 errechnet worden war. In keinem Land war die Abweichung so gering wie in Rheinland-Pfalz. Auch die Abweichung zu den in den Melderegistern geführten Bevölkerungsbeständen (minus 1 Prozent) lag in keinem anderen Land niedriger. Dies bestätigt die gute

Qualität des zentralen Einwohnermelderegisters in Rheinland-Pfalz.

Unmittelbar nach dem Veröffentlichungstermin teilte das Statistische Landesamt die neuen amtlichen Einwohnerzahlen per Feststellungsbescheid den Kommunen mit. Nur drei der insgesamt 2 306 Städte und Gemeinden legten dagegen Widerspruch ein, von denen nur einer in eine Klage mündete. Die anderen Fälle konnten im konstruktiven Dialog geklärt werden. Konstruktiv verliefen auch die zahlreichen Telefonate, mit denen sich Kommunalbehörden in den Tagen nach der Zustellung der Feststellungsbescheide an das Statistische Landesamt wendeten. Das Gros der gestellten Fragen bezog sich auf die Relevanz der Zahlen sowie die Methodik einer registergestützten Zählung und konnten umfassend beantwortet werden.

Die Maxime „Transparenz“ und „Kommunikation auf Augenhöhe“, die sich bereits während der Erhebungsphase als Garant für einen reibungslosen Ablauf bewährt hatten, galten auch bei der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen. Im Vorfeld der Veröffentlichung hatte es einen intensiven Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden gegeben, denen unter anderem die Methode zur Ermittlung der Einwohnerzahl erläutert wurde. Zudem erhielten die (Ober-)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister frühzeitig Hinweise auf das Procedere der Veröffentlichung. Sie bekamen vorab einen Zugangscodex zu einem eigens aufgebauten Server, um sich bereits am Morgen des Veröffentlichungstages – vor allem zur Vorbereitung auf etwaige Medienanfragen – über das Ergebnis für ihre Gemeinde informieren zu können. Um die Ermittlung der Einwohnerzahl für jede einzelne Gemeinde transparent zu machen, enthielt jeder Feststellungsbescheid eine Anlage mit umfassender Darstellung der Berechnungen.

Für die Bürgerinnen und Bürger wurde zum Veröffentlichungstermin ein umfangreiches Informationsangebot im Internet gestartet. Neben Basisstabellen, die die wichtigsten Eckzahlen auf Landes- und Kreisebene liefern, gibt es eine Reihe von Karten, die Strukturen auf Verbandsgemeinde- und Kreisebene

Aufgaben

deutlich machen. Die Gemeindedatenblätter, die als PDF- und als Excel-Datei angeboten werden, beinhalten für alle Kommunen eine tief gegliederte Darstellung der Ergebnisse zur Bevölkerung und zum Wohnungsbestand.

Letzter Schritt in der Aufbereitung der Zensusergebnisse ist die so genannte Haushaltsgenerierung, die das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung im Auftrag aller statistischen Landesämter zentral vornimmt. Dabei werden die in der Erhebung gewonnenen Bevölkerungsdaten mit den Immobiliendaten zusammengeführt. Die Ergebnisse dieses Schrittes liefern zusätzliche Informationen über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger und über die Nutzung des Immobilienbestandes und bilden eine wertvolle Basis für Analysen. So lassen sich beispielsweise kleinräumig Aussagen über die Wohnungsgröße und das Alter der Bewohner oder über die Wohnsituation von Familien gewinnen.

Bevölkerungsfortschreibung auf der Grundlage des Zensus

Mit dem Zensus 2011 wurde, rund ein Vierteljahrhundert nach der letzten Zählung, auch eine aktualisierte Basis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes geschaffen. Parallel zur Veröffentlichung erster Zensusergebnisse Ende Mai 2013 konnten bereits die auf Basis des Zensus 2011 fort-

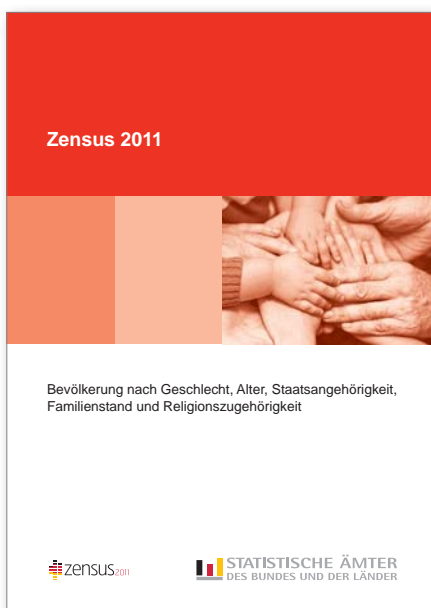
geschriebenen Bevölkerungszahlen der rheinland-pfälzischen Kommunen und des Landes zum Stand 31. Dezember 2011 publiziert werden.

Die laufende Fortschreibung der Bevölkerung auf der aktualisierten Zensus-Basis erfolgte zunächst noch für einen sehr eingeschränkten Merkmalskranz in vorläufiger fachlicher Differenzierung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (deutsch/nichtdeutsch). Im Jahr 2014 wird es nach einer Erweiterung der Aufbereitungsprogramme zusätzlich möglich sein, diese aktualisierten Bevölkerungszahlen in der Differenzierung nach einzelnen Altersjahren auszuweisen.

Weiterentwicklung der Haushaltsstatistiken

Seit Jahrzehnten ermöglichen die amtlichen Haushaltsstatistiken – also die Erhebungen bei privaten Haushalten – eine bedarfsgerechte Bereitstellung fachlich und regional tief gegliederter Informationen, die von zahlreichen Nutzergruppen der Gesellschaft geschätzt werden. Für diesen Schlüsselbereich der amtlichen Statistik ist in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Anstieg der Anforderungen zu rechnen. Dies beinhaltet einerseits einen allgemein wachsenden Bedarf an Sozialdaten sowie die Notwendigkeit, flexibler auf neue Anforderungen reagieren zu können. Andererseits dürften spätestens vom Jahr 2018 an für die Erhebung des Labour Force Surveys der Europäischen Union (LFS) sowie der Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Europäischen Union (EU-SILC) verschiedene zusätzliche Anforderungen der EU umzusetzen sein. Dies beinhaltet unter anderem, dass die für den LFS ausgewählten Haushalte im Rahmen einer unterjährigen Wiederholungsbefragung nicht mehr wie bisher einmal im Jahr, sondern in der Regel zweimal pro Jahr zu befragen sind.

Durch eine Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken soll diesen konkret absehbaren höheren Anforderungen begegnet, aber auch die Qualität der amtlichen Haushaltserhebungen weiter gestärkt werden. So gilt es, die derzeit noch bestehende Inkohärenzen zwischen den verschiedenen Erhebungen der Haushaltsstatistiken zu reduzieren.



All diese Anforderungen treffen nicht nur auf zunehmende Budgetrestriktionen der Statistischen Ämter, sondern auch auf politische und gesellschaftliche Erwartungen, dass die Bürgerinnen und Bürger von Statistikpflichten entlastet werden.

Ziel des im Jahr 2012 begonnenen Projekts „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ ist somit die Etablierung eines kohärenten und zukunftsfähigen Systems der Haushaltsbefragungen der amtlichen Statistik, das den mit den neuen Anforderungen einhergehenden Mehraufwand für die statistischen Ämter wie auch die Belastung der Befragten durch Nutzung von Synergien soweit wie möglich begrenzt und damit den sich ändernden Anforderungen an die Datenproduktion ebenso gerecht wird wie dem sich verändernden Datenbedarf.

Der Leitgedanke des zukünftigen Systems besteht darin, die bisher weitgehend separat durchgeführten Erhebungen Mikrozensus (MZ) inklusive Arbeitskräfteerhebung/Labour Force Survey (LFS), Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT) als eine Erhebung zu betrachten. Dieser „systemische“ Ansatz sieht die genannten Erhebungen als einzelne Module eines zu entwickelnden Gesamtsystems der Haushaltsstatistiken. Enge Verbindungen zwischen den einzelnen Statistiken bzw. Modulen bestehen dann sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Befragungsinstrumente, des Erhebungsmanagements sowie in Bezug auf Auswertungs- und Analyseverfahren.

Das System der Haushaltsstatistiken wird auf einer gemeinsamen Zufallsstichprobe (analog zur derzeitigen Mikrozensus-Stichprobe) basieren. Die einzelnen Module werden als Substichproben realisiert, wobei die Module inhaltlich über ein Kernfragenprogramm verknüpft werden, das bei allen ausgewählten Haushalten erhoben wird.

Aufgrund ihrer spezifischen Komplexität sind die bisherigen Erhebungen der Wirtschaftsrechnungen – Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR) sowie Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) – derzeit nicht in das Projekt integriert. Bei der weiteren

Ausarbeitung des Systems der Haushaltsstatistiken sowie bei der Entwicklung der eingesetzten Verfahren und Instrumente wird die Prüfung von Alternativen zur derzeitigen Durchführung der Wirtschaftsrechnungen jedoch mit einbezogen.

Verordnung schließt Informationslücke in der Pflegestatistik teilweise

Einen Teilerfolg bei der Schließung einer wichtigen Informationslücke gibt es bei der Pflegestatistik zu verzeichnen. Mit der Erhebung Ende 2013 wurden die ambulanten Pflegedienste verpflichtet Angaben zum Wohnort der Versorgten zu machen. Die für eine Abschätzung des gegenwärtigen und zukünftigen pflegerischen Bedarfs notwendige Erhebung des früheren Wohnorts stationär betreuter Pflegebedürftiger ist jedoch noch immer nicht geregelt.

Die Bereitstellung von Daten zur Pflegebedürftigkeit gewinnt vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Wandels zunehmend an Bedeutung. Die Pflegestatistik, die seit 1999 alle zwei Jahre nach einem bundeseinheitlichen Verfahren Angaben über ambulant und stationär versorgte Pflegebedürftige erhebt, konnte bisher nur begrenzt regional gegliederte Ergebnisse bereitstellen. So wurde zwar der Sitz des ambulanten Pflegedienstes bzw. des Pflegeheimes erfasst; Angaben über den Wohnort der Pflegebedürftigen bzw. deren Wohnort vor dem Bezug eines Pflegeheimes lagen bislang jedoch nicht vor. In den Jahren 2009 und 2011 hat Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland zusätzlich zu dem bundeseinheitlichen Fragenprogramm auch wohnortbezogene Fragen zu den Pflegebedürftigen auf freiwilliger Grundlage aufgenommen. Die Pflegeheime meldeten den früheren Wohnort für mehr als 60 Prozent der Pflegedürftigen, bei den ambulanten Pflegediensten lag die Auskunftsbereitschaft hinsichtlich des Wohnortes bei über 70 Prozent. Trotz der relativ großen Antwortbereitschaft waren valide Aussagen über Angebot und Nachfrage von pflegerischen Leistungen flächendeckend nicht hinreichend möglich, da die Antwortquote regional sehr stark variierte. Eine Erhöhung der Antwortbereitschaft ist nur durch eine Auskunftsverpflichtung zu erzielen.

Aufgaben

Eine dazu erforderliche Rechtsverordnung konnte in Rheinland-Pfalz bislang nicht realisiert werden. Die Änderung der bundesweit gültigen Pflegestatistikverordnung stellt jetzt zumindest für den ambulanten Bereich die Gewinnung belastbarer regionaler Daten zum Wohnort der ambulant betreuten Pflegebedürftigen sicher.

Neue Erhebung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (BQFG), das Ende 2011 verabschiedet wurde, ist die Einführung einer neuen Bundesstatistik verbunden, die im Jahr 2013 erstmals durchgeführt wurde. Sie liefert Erkenntnisse unter anderem zu soziodemografischen Merkmalen der Antragsteller sowie das Ergebnis und die Dauer des Anerkennungsverfahrens. Der erste Berichtszeitraum umfasste die Monate April bis Dezember 2012. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum gut 620 Anträge im Land gestellt, die meisten aus dem Bereich medizinische Berufe.

Vorverlegung der Statistiken zur Kindertagesbetreuung

Die Betreuung von Kindern außerhalb des Elternhauses stand im Jahr 2013 in einem besonderen politischen Fokus. Nach dem im Jahr 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz sollten bis zum August 2013 für ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Obwohl die Statistiken zur Kindertagesbetreuung nur etwas über die Inanspruchnahme der Angebote aussagt und nicht die Zahl der angebotenen Plätze ermittelt wird, war das Interesse an den aktuellen Daten sehr groß. Die Ergebnisse der Erhebung zum Stichtag 1. März, die in der Regel im Oktober veröffentlicht werden, sollten bis Ende Juni vorliegen, mussten also in der Hälfte der sonst üblichen Zeit aufbereitet werden. Das Ziel wurde – nicht zuletzt dank der Unterstützung der Kindertagesstätten – erreicht. Das Ergebnis: Knapp

29 Prozent der unter 3-Jährigen wurden am 1. März 2013 in einer Kindertagesstätte oder in staatlich geförderter Kindertagespflege betreut.

Neue Erhebung beleuchtet Kindeswohlgefährdung

Es waren wohl nicht zuletzt Medienberichte über schockierende Fälle, die vor einigen Jahren die Gefährdung des Kindeswohls ins öffentliche Bewusstsein rückten. Mit der neu eingeführten Erhebung bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe liegen für das Jahr 2012 erstmals Daten über die Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung und über die Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie über die eingeleiteten Hilfen vor. Die Jugendämter der zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise sowie von fünf großen kreisangehörigen Städten melden die Daten monatlich an das Statistische Landesamt. In Rheinland-Pfalz gab es im Jahr 2012 insgesamt knapp 5 600 Verfahren zur Gefährdungseinschätzung, in rund 2 000 Fällen lag eine – akute oder latente – Kindeswohlgefährdung vor. In weiteren 1 900 Fällen wurde zwar keine Kindeswohlgefährdung festgestellt, jedoch ein Hilfebedarf für die betroffenen Kinder und Jugendlichen erkannt.

Ministerium delegiert Betreuungsgelderhebung an das Statistische Landesamt

Die Bedeutung der amtlichen Statistik für die Evaluation von gesetzgeberischen Maßnahmen verdeutlicht die neue Bundesstatistik zum Betreuungsgeld. Diese familienpolitische Leistung wurde – nach langen und intensiven Auseinandersetzungen in Bundestag und Bundesrat – zum 1. August 2013 neu eingeführt. Analog zu den beim Elterngeld praktizierten Verfahren werden die Erhebungen als Bundesstatistiken zentral beim Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die zuständigen Ressorts der einzelnen Bundesländer haben die erforderlichen Angaben dorthin zu übermitteln. In Rheinland-Pfalz hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen diese Aufgabe an das Statistische Lan-

desamt delegiert. Vergleichbar läuft das Verfahren in Niedersachsen und Berlin-Brandenburg.

Statistik zur Grundsicherung wird zukünftig durch Bund erhoben

Auch die Statistik zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) wird vom Jahr 2015 an zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt, entgegen dem Votum der Statistischen Landesämter. Aus Sicht auch des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wird eine wesentliche Statistik aus dem Bereich der „Sozialen Leistungen“ herausgelöst und mit einem abweichenden Erhebungsverfahren durchgeführt. Die Berichtsstellen der Sozialhilfestatistiken haben dadurch für die verschiedenen Erhebungen unterschiedliche Ansprechpartner und einen entsprechend höheren Aufwand, verbunden mit der Gefahr von Qualitätsverlusten und Ineffizienzen. Rechtlich stellt die Änderung aus Sicht der Landesämter einen unzulässigen Eingriff in die Verwaltungskompetenz der Länder dar. Hintergrund der Änderung ist eine Verschiebung der Finanzierungsanteile dieser Sozialleistung. Bis 2014 wird der Bund seine Beteiligung hin zu einer vollen Erstattung gegenüber den Ländern ausbauen.

Vorbefragung zur Erhebung der Nettokaltmieten

Mit einem Wägungsanteil von 21 Prozent bilden die Nettokaltmieten den größten Einzelposten im Verbraucherpreisindex. Um die Qualität dieser wichtigen Position weiter zu verbessern, wird die Erhebung der Nettokaltmieten derzeit auf eine neue Basis gestellt. Hierzu wurde zunächst aus dem Anschriften- und Gebäuderegister des Zensus 2011 eine Zufallsstichprobe gezogen. Die so ermittelten Wohnungseigentümer wurden Ende 2013 im Rahmen einer Vorbefragung gebeten, Angaben zu bestimmten Merkmalen der landesweit rund 4 000 in ihrem Besitz befindlichen Wohnungen zu machen.

Mit Hilfe dieser Merkmale werden dann in einer weiteren Stichprobenziehung im Jahr 2014 diejenigen Wohnungen bestimmt, deren Merkmale für den

Verbraucherpreisindex im vierteljährlichen Rhythmus erfragt werden. Um die Belastung für die befragten Wohnungseigentümer zu reduzieren, wird zu festgelegten Zeitpunkten ein Teil der einbezogenen Wohnungen ausgetauscht.

Auftragsbestand neues Merkmal im Verarbeitenden Gewerbe

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 hat eine Informationslücke bei der Beurteilung der Konjunktorentwicklung offenbart. Der Frühindikator Auftragseingangsindex lieferte ein teilweise falsches Bild, weil zahlreiche Aufträge storniert oder nicht abgerufen wurden. Daher werden von 2014 an im Rahmen der Monatserhebung im Verarbeitenden Gewerbe auch die Auftragsbestände erfragt. Dadurch soll eine deutliche Verbesserung der Beurteilung der konjunkturellen Lage erreicht werden. Nach einer Übergangszeit, in der vor allem die Qualität der erhobenen Daten beurteilt wird, werden die Auftragsbestände in die monatliche Konjunkturberichterstattung einfließen.

Energiestatistiken sollen flexibler werden

Kaum ein anderes Thema wird derzeit in der Politik so stark diskutiert wie die Energie, insbesondere die Stromerzeugung. Das zuletzt vor rund zehn Jahren novellierte Energiestatistikgesetz reicht nicht mehr aus, um die für die Planung und Evaluierung politischer Maßnahmen erforderlichen Informationen zu liefern und steht daher zur Novellierung an. Ziel ist mehr Flexibilität in der amtlichen Energiestatistik, damit sie schneller und besser als bisher auf weiteren Veränderungen, insbesondere auf den Strom-, Gas- und Wärmemärkten, reagieren kann und nicht durch langwierige Gesetzgebungsverfahren gehemmt wird.

Auf der Basis des bestehenden Gesetzes können die aktuellen Entwicklungen auf den nationalen und internationalen Energiemärkten, insbesondere auf den Strom- und Gasmärkten, nicht mehr adäquat abgebildet werden. Das gilt beispielsweise für die Trennung von Netz und Vertrieb (Unbundling).

Aufgaben

Die Informationen der Energiestatistik sind auch zur Begleitung der Energiewende wichtig. Sie fließen als wichtige Datengrundlage in einen regelmäßig zu erstellenden Monitoringbericht ein.

Im Vorfeld der Gesetzesnovellierung haben die statistischen Ämter ein entsprechendes Fachkonzept erarbeitet. Ein Referentenentwurf wird für das Jahr 2014 erwartet.

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs

Das Land Rheinland-Pfalz musste seinen kommunalen Finanzausgleich aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes (Az. VGH N 3/11) bis spätestens 1. Januar 2014 neu regeln. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zur Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs legte das Statistische Landesamt im Auftrag des Innenministeriums mehrere Proberechnungen zu Rechtsfolgenabschätzung vor. Diese konnten nur zum Teil mit dem seit mehr als zehn Jahren eingesetzten Programm FINAL-DI abgewickelt werden. Hiervon betroffen waren insbesondere die zur Finanzierung der Soziallasten neu eingeführten finanzkraftunabhängigen Schlüsselzuweisungen C1 und C2. Ihr Volumen beträgt 2014 rund 192 Mio. Euro. Um dem Informationsbedarf des Ministeriums entsprechen zu können, wurden die Berechnungen auf der Grundlage eigens erstellter EXCEL-Routinen abgewickelt. Für die zukünftige Durchführung des Kommunalen Finanzausgleichs, den das Statistische Landesamt im Auftrag des Innenministeriums berechnet, wird gegenwärtig das neue Abrechnungsverfahren KOMMFIN entwickelt.

Novellierung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

In der kommunalen Finanzstatistik wird es künftig die Möglichkeit geben, Auswertungen zu Unter-

nehmen, Einrichtungen und Fonds des staatlichen Bereichs vorzunehmen. Das sieht das novellierte Finanz- und Personalstatistikgesetz vor, das zum 1. Dezember 2013 in Kraft trat. Darin ist das so genannte Berichtskreismanagement (BKM) gesetzlich geregelt. Das BKM ist – ähnlich wie das Unternehmensregistersystem – das zentrale Instrument zur Steuerung der Vorbereitung und Durchführung der Finanz- und Personalstatistiken.

Landwirtschaftszählung 2010 lieferte erstmals geobasierte Ergebnisse

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung (LZ) 2010 wurden erstmals im deutschen statistischen System Geokoordinaten in die Datensätze eingepflegt. Damit liegt für jeden der rund 300.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ein Datensatz mit einem direkten, über Koordinaten beschriebenen Raumbezug vor. Im Rahmen eines Pilotprojekts hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Landesämtern untersucht, ob mithilfe dieser Betriebskoordinaten eine kleinräumige, von Verwaltungsgrenzen unabhängige, Ergebnisauswertung und -darstellung möglich ist. Die georeferenzierten Ergebnisse flossen in eine bundesweite kartografische Gemeinschaftsveröffentlichung ein, die Anfang 2014 vorgestellt wurde. Der Online-Atlas Agrarstatistik ist über das gemeinsame Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de) zugänglich. Die einfach zu bedienende Web-Anwendung bietet neben der Ausgabe der Karten als Bild und als PDF-Datei auch einen WMS-Dienst (Web Map Service) an. Dieser Kartendienst erlaubt eine Nutzung der Karten in anderen Geografischen Informationssystemen.

Europäische Standards, engerer Finanzrahmen, Optimierungspotenziale und technische Weiterentwicklungen

Die Europäische Union beeinflusst in hohem Maße Inhalt und Struktur der amtlichen Statistik. Rund 80 Prozent der statistischen Merkmale werden bereits auf der Grundlage von EU-Regelungen getroffen. Im Jahr 2014 steht die Überprüfung der amtlichen Statistik in Deutschland durch die EU an. Der finanzielle Rahmen für das Statistische Landesamt wird angesichts der Schuldenbremse enger. Umso wichtiger sind daher Einsparungen, die sich aus dem technischen Fortschritt, der Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern sowie durch die Optimierung von Arbeitsabläufen ergeben.

Verhaltenskodex Europäischer Statistiken wird überprüft

Die Harmonisierung der Statistik innerhalb der Europäischen Union, insbesondere aber die Durchsetzung hoher Qualitätsstandards in allen Mitgliedsstaaten, beeinflusst immer deutlicher die Arbeit der Statistischen Landesämter. Das für das Jahr 2014 anstehende „Peer Review“ zur Umsetzung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) bot für das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz eine gute Gelegenheit, den erreichten Stand zu reflektieren und die Felder zu identifizieren, in denen es Optimierungsbedarf gibt.

Ein Selbstbewertungsfragebogen mit über 400 Einzelfragen operationalisiert die 15 im Code of Practice festgelegten Grundsätze, die sich auf den institutionellen Rahmen, die statistischen Prozesse und die statistischen Produkte beziehen (siehe Erläuterungskasten).

Eine Arbeitsgruppe hatte sich intensiv mit den Grundsätzen befasst und Handlungsfelder identifiziert. Neben einer Vielzahl von Indikatoren, die den erreichten hohen Standard belegen, gab es für eine Reihe von Aufgabenfeldern Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten; diese sind in der Regel mit geringem Aufwand umzusetzen und wurden, wo möglich, direkt in Angriff genommen. In einigen Punkten lieferten die Fragen Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten, deren Realisierung mehr Zeit in Anspruch nimmt.

Neben dem Selbstbewertungsfragebogen, den alle Statistischen Landesämter ausfüllen müssen, wird

es im Jahr 2014 eine Vor-Ort-Bewertung durch Eurostat-Reviewer geben, die voraussichtlich neben dem Statistischen Bundesamt ein noch nicht benanntes Statistisches Landesamt besuchen werden.

Finanzieller Rahmen wird enger

Ein Grundsatz des Code of Practice ist mit „Angemessene Ressourcen“ überschrieben. Gefordert wird, dass den statistischen Stellen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen, um den aktuellen statistischen Erfordernissen Europas zu entsprechen. Zugleich müssen auch die statistischen Ämter in den Ländern ihren Konsolidierungsbeitrag leisten; insbesondere die von 2020 an geltende Schuldenbremse engt den finanziellen Rahmen zunehmend ein.

Im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2014/15 forderte das Innenministerium die nachgeordneten Bereiche – so auch das Statistische Landesamt – auf, durch technische und organisatorische Maßnahmen weitere Sachkosten einzusparen und die Reduzierung des Personalstands fortzusetzen. Das Innenministerium muss 80 der jährlich insgesamt vorgehenden 200 Millionen Euro an Einsparung erbringen.

Dem Vorschlag des Statistischen Landesamtes, dem sich abzeichnenden altersbedingten Ausscheiden einer großen Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den kommenden Jahren durch vorbeugende Personalrekrutierung zu begegnen, konnte angesichts der Schuldenbremse nicht entsprochen werden. Allerdings werden in den kommenden Jahren mehr Ausbildungsstellen angeboten als in der Vergangenheit.

Institutioneller Rahmen

Grundsatz 1: Fachliche Unabhängigkeit

Die fachliche Unabhängigkeit der statistischen Stellen gegenüber anderen politischen, Regulierungs- oder Verwaltungsstellen sowie gegenüber den Akteuren des Privatsektors ist der Garant für die Glaubwürdigkeit der europäischen Statistiken.

Grundsatz 2: Mandat zur Datenerhebung

Die statistischen Stellen haben ein eindeutiges gesetzliches Mandat zur Erhebung von Angaben für die Zwecke europäischer Statistiken. Verwaltungen, Unternehmen und private Haushalte sowie die Öffentlichkeit im weiteren Sinne können gesetzlich dazu verpflichtet werden, auf Anforderung statistischer Stellen für die Zwecke europäischer Statistiken, den Zugriff auf Daten zu gewähren oder Daten zu liefern.

Grundsatz 3: Angemessene Ressourcen

Die den statistischen Stellen zur Verfügung stehenden Ressourcen reichen aus, um den aktuellen statistischen Erfordernissen Europas zu entsprechen.

Grundsatz 4: Verpflichtung zur Qualität

Die statistischen Stellen sind zur Qualität verpflichtet. Sie ermitteln systematisch und regelmäßig Stärken und Schwächen mit dem Ziel der kontinuierlichen Verbesserung der Prozess- und Produktqualität.

Grundsatz 5: Statistische Geheimhaltung

Die Anonymität der Datenlieferanten (private Haushalte, Unternehmen, Verwaltungen und andere Auskunftgebende (Respondenten)), die Geheimhaltung ihrer Angaben und deren ausschließliche Verwendung für statistische Zwecke sind unter allen Umständen gewährleistet.

Grundsatz 6: Unparteilichkeit und Objektivität

Die statistischen Stellen entwickeln, erstellen und verbreiten europäische Statistiken unter Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit und in objektiver, professioneller und transparenter Weise, wobei alle Nutzerinnen und Nutzer gleich zu behandeln sind.

Statistische Prozesse

Grundsatz 7: Solide Methodik

Qualitativ hochwertige Statistiken basieren auf einer soliden Methodik. Diese erfordert geeignete

Instrumente und Verfahren sowie ein entsprechendes Know-how.

Grundsatz 8: Geeignete statistische Verfahren

Geeignete statistische Verfahren, von der Erhebung bis zur Validierung der Daten, bilden die Grundlage für qualitativ hochwertige Statistiken.

Grundsatz 9: Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Auskunftgebenden

Der Beantwortungsaufwand steht in einem angemessenen Verhältnis zum Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer und ist für die Auskunftgebenden (Respondenten) nicht übermäßig hoch. Die statistischen Stellen überwachen den Beantwortungsaufwand und legen Ziele für dessen schrittweise Verringerung fest.

Grundsatz 10: Wirtschaftlichkeit

Ressourcen werden effektiv eingesetzt.

Statistische Produkte

Grundsatz 11: Relevanz

Die europäischen Statistiken entsprechen dem Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer.

Grundsatz 12: Genauigkeit und Zuverlässigkeit

Die europäischen Statistiken spiegeln die Realität genau und zuverlässig wider.

Grundsatz 13: Aktualität und Pünktlichkeit

Die europäischen Statistiken sind aktuell und werden pünktlich veröffentlicht.

Grundsatz 14: Kohärenz und Vergleichbarkeit

Die europäischen Statistiken sind untereinander und im Zeitablauf konsistent und zwischen Regionen und Ländern vergleichbar; es ist möglich, miteinander in Beziehung stehende Daten aus unterschiedlichen Quellen zu kombinieren und gemeinsam zu verwenden.

Grundsatz 15: Zugänglichkeit und Klarheit

Die europäischen Statistiken werden klar und verständlich präsentiert, in geeigneter und benutzerfreundlicher Weise veröffentlicht und sind zusammen mit einschlägigen Metadaten und Erläuterungen entsprechend dem Grundsatz der Unparteilichkeit verfügbar und zugänglich.

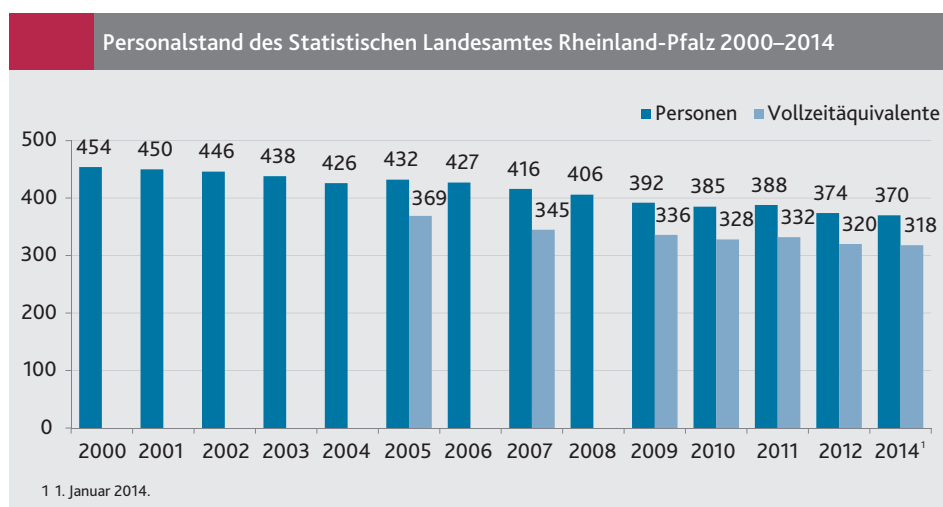
Gleichwohl ist das Ziel der Personaleinsparung durch organisatorische Maßnahmen so umzusetzen, dass Umfang und Qualität der Arbeit in der gewohnten Weise sichergestellt werden.

Personal deutlich älter als im Landesdurchschnitt

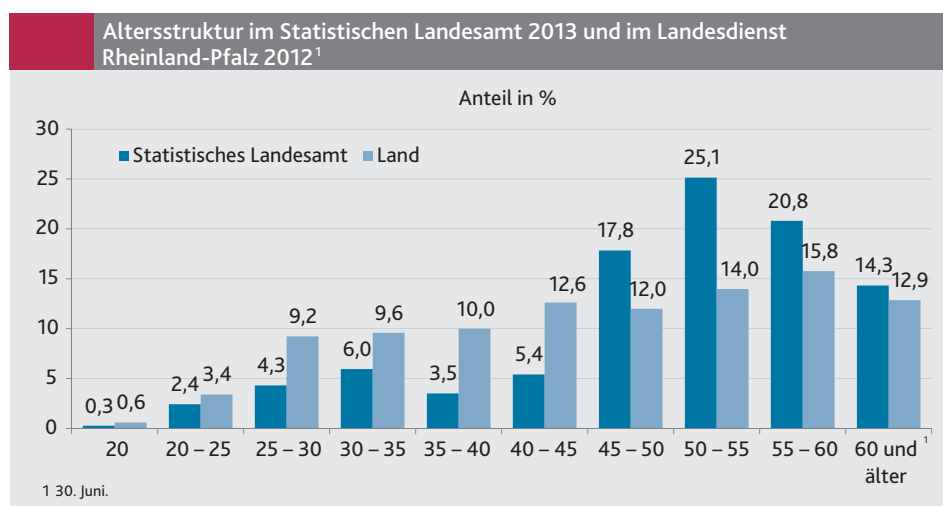
Der Personalbestand des Statistischen Landesamtes ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, das heißt, das Amt hat bereits einen erheblichen Beitrag zu den notwendigen Einsparungen geleistet. Wurden im Jahr 2000 noch 454 Personen gezählt, lag die Personalstärke im Jahr 2013 bei nur noch 370. Ermöglicht wurde die Reduzierung durch den technischen Fortschritt und die Optimierung von Prozessen; erreicht wurde sie sozialverträglich, indem ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht ersetzt wurden.

Eine Folge dieser über Jahre praktizierten Personalpolitik sind im Vergleich zur Landesverwaltung insgesamt höhere Anteile älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deutlich geringere Anteile in den jüngeren Altersgruppen. Absehbar werden in den kommenden Jahren zahlreiche erfahrene Kräfte in den Ruhestand gehen.

Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels und der zunehmenden Konkurrenz um gutes Personal setzt das Statistische Landesamt seit Jahren auf die Ausbildung junger Menschen. Im IT-Bereich, in Verwaltungsberufen sowie im jungen Ausbildungsberuf Fachangestellte(r) für Markt- und Sozialforschung werden junge Nachwuchskräfte für Fach- und Führungsaufgaben qualifiziert. Sie erhalten in der Regel nach der Erstausbildung die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung, beispielsweise in Form eines berufsbegleitenden Bachelorstudiums.



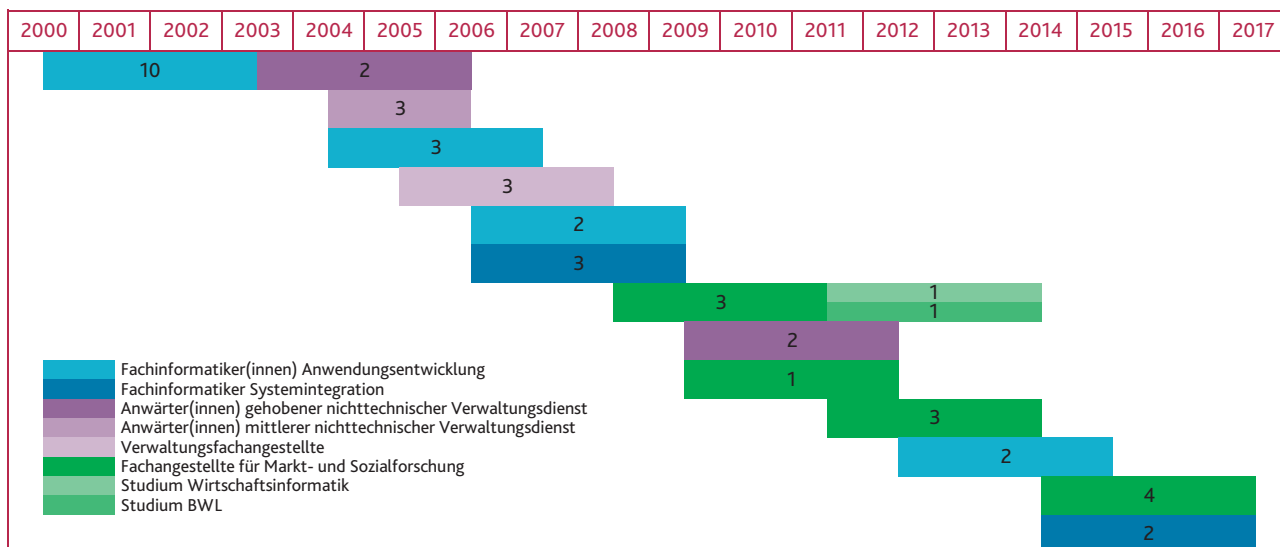
Um das Interesse junger Leute an einer Ausbildung im Statistischen Landesamt zu wecken, wurden Faltblätter zu den verschiedenen Berufsbildern erstellt. Auch am jährlichen Girl's Day, bei dem Schülerinnen einen Tag lang vor allem technische Berufe kennenlernen, beteiligt sich das Statistische Landesamt.



Verpflichtung zur elektronischen Datenerlieferung

Erhebliches Einsparpotenzial ist in den zurückliegenden Jahren durch den Ausbau der elektronischen Datenübermittlung gehoben worden. Komplette Arbeitsschritte wie das Erfassen von Fragebögen

Rahmen



oder Plausibilisierungen konnten auf diese Weise entfallen oder stark zurückgefahren werden. Im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird hierzu vor allem IDEV (Internet-Daten-Erhebung im Verbund) eingesetzt, eine leistungsfähige Plattform, die neben der Eingabe von Daten auch den Upload von standardisierten Dateien ermöglicht. Mit dem zweiten zur Verfügung stehenden System eSTATISTIK.CORE können Berichtspflichtige zudem Statistikdaten automatisiert aus ihrer Verwaltungssoftware generieren und übermitteln, sofern der Software-Anbieter die nötigen Module entwickelt und zur Verfügung stellt. Zusätzlich wird der vom Land Rheinland-Pfalz zentral betriebene Formularserver genutzt. Dank des Ausbaus der Plattformen werden bereits 90 Prozent der statistischen Daten online gemeldet.

Mit der Änderung des Bundesstatistikgesetzes im Juli 2013 werden alle Betriebe und Unternehmen verpflichtet, ihre Angaben auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Nur in begründeten Fällen – wenn beispielsweise kein DSL-Anschluss verfügbar ist oder ein Betrieb in absehbarer Zeit aufgegeben wird – können Meldungen ausnahmsweise noch für eine Übergangszeit auf Papier erfolgen. In Rheinland-Pfalz haben weniger als ein Prozent der Auskunftspflichtigen entsprechende Anträge gestellt.

Seit Ende 2013 bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein zentrales Erhebungsport-

tal an, über das insbesondere Berichtspflichtige mit Betrieben in mehreren Bundesländern komfortabel ihre Onlinemeldungen abgeben können.

Zentrale fachliche Produktion

Einsparpotenziale können sich auch durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern ergeben. So steht die erste Pilotanwendung der Zentralen fachlichen Produktion (ZfP) vor der Entscheidung zur Überleitung in einen zunächst befristet angesetzten Regelbetrieb. Die statistischen Ämter von Rheinland-Pfalz, Hessen, Berlin-Brandenburg und Nordrhein-Westfalen hatten in den zurückliegenden Jahren anhand der Statistik der Personenbeförderung eruiert, ob zusätzlich zur bereits praktizierten IT-Produktion und Datenhaltung auch andere Arbeitsschritte zentralisiert werden können. Konkret geht es im Fall der Personenbeförderungsstatistik darum, dass IT-NRW für die anderen Ämter so viele Arbeitsschritte wie möglich übernimmt, also beispielsweise auch den Druck und Versand der Anschreiben, die Plausibilisierung und die weitere Aufbereitung der Daten. Das Verfahren soll auf eine Reihe weiterer – zunächst kleine – Erhebungen übertragen werden, unter anderem auf die IKT-Nutzung in Unternehmen sowie die Erhebungen über die Einsammlung von Transport- und Umverpackungen.

Arbeitsteilige IT-Produktion und Datenhaltung

Die Zentrale fachliche Produktion ist die Weiterentwicklung der seit Jahrzehnten praktizierten Arbeitsteilung zwischen den Statistischen Ämtern. Die bereits seit den 70er-Jahren nach dem Prinzip „einer für alle“ gestaltete Software-Entwicklung – ein Amt programmiert für alle anderen – wurde in den zurückliegenden Jahren auf die IT-Produktion und die Datenhaltung ausgeweitet. Früher wurden die Programme in jedem Land betrieben, und jedes Landesamt hielt seine eigenen Daten vor. Inzwischen laufen die Programme für eine Erhebung nur noch in einem Amt, und auch die Daten aller Länder werden dort – mit den entsprechenden Zugriffsrechten der jeweiligen Ämter – zentral gespeichert. Die Zentrale Produktion und Datenhaltung (ZPD) senkt den Wartungs- und Pflegeaufwand. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ist in dieser Arbeitsteilung zuständig für insgesamt 33 Statistiken aus den Bereichen Öffentliche Sozialleistungen, Gesundheit und Energie und greift selbst für 140 Statistiken auf IT-Angebote bei anderen statistischen Ämtern zu.

Für gut 80 Prozent aller Erhebungen ist diese arbeitsteilige Produktion bereits realisiert, bis Ende 2015 sollen alle Statistiken einbezogen sein.

Mit Beginn des Jahres 2014 startete die Verrechnung der Leistungen. Sukzessive werden alle ZPD-Verfahren im Wettbewerb zwischen den statistischen Ämtern ausgeschrieben, der wirtschaftlichste Bieter erhält den Zuschlag für eine Vertragsdauer von jeweils vier Jahren.

Optimierung der internen Prozesse

Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit trägt auch die Anpassung der internen Arbeitsabläufe bei. Im Projekt „Zentrale Produktion“ werden Tätigkeiten, die bisher in jedem Fachbereich separat erledigt wurden, an einer Stelle zentralisiert. Dabei geht es insbesondere um den Druck, die Personalisierung und

den Versand der Erhebungsunterlagen sowie um die Archivierung.

Den Investitionen, beispielsweise in Drucksoftware und eine größere Kuvertiermaschine, stehen Einsparungen in den Fachabteilungen gegenüber. Kapazitäten, die bisher für Druck und Versand gebunden waren, können für Aufgaben in der fachlichen Aufbereitung der Daten genutzt werden.

Neues Unternehmensregister soll im Sommer 2014 starten

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz engagiert sich sehr stark im Aufbau des neuen Unternehmensregistersystems (URS Neu), das im Juli 2014 in Betrieb gehen soll. Im Projektsteueringausschuss, dessen Aufgabe das Controlling im Hinblick auf Einhaltung der Terminpläne, der Kosten und der Qualität der Basisversion ist, hat Rheinland-Pfalz den Vorsitz übernommen. Sowohl auf IT- als auch auf Fachseite werden alle Kräfte gebündelt, um diesen Termin einzuhalten. Im Hinblick auf diesen Produktivsetzungstermin werden in verschiedenen Arbeitsgruppen im Verbund nunmehr die Punkte bearbeitet, die die Auswirkungen auf die konkreten Geschäftsprozesse und die daraus resultierenden Rahmenbedingungen in den Ämtern betreffen.

Das derzeit noch betriebene Unternehmensregister (URS 95) erreichte in Rheinland-Pfalz auch im vergangenen Jahr wieder eine Statussicherheit von rund 92 Prozent. Als statussicher gilt eine Einheit, die aktuelle Umsätze und ab einer bestimmten Umsatzhöhe auch Angaben über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der BA enthält. Mit der gestiegenen Qualität der URS 95-Daten wird das Unternehmensregister mehr und mehr auch als unterstützendes Auswertungssystem für Anfragen und Sonderauswertungen verwendet.

Primäre Aufgabe des Unternehmensregisters ist die Steuerung von Erhebungen. Es liefert beispielsweise die Grundlage für die Ziehung von Stichproben.

Schnelle Ergebnisermittlung und Mitwirkung an Rechtsänderungen

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Das Büro des Landeswahlleiters hatte in den vergangenen beiden Jahren Urnengänge auf allen Ebenen im Blick. Parallel zur Vor- und Nachbereitung der Bundestagswahl 2013 waren die Kommunalwahlen 2014, die Europawahl 2014 vorzubereiten. Auch die Landtagswahl 2016 wirft ihre Schatten voraus.

Bundestagswahl 2013

Das seit Jahren erfolgreich praktizierte Zusammenspiel zwischen Landeswahlleitung, IT-Abteilung des Statistischen Landesamtes und Kommunen hat auch bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 für einen reibungslosen Ablauf gesorgt. Die Meldungen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen liefen zügig ein und wurden unter www.wahlen.rlp.de laufend aktualisiert. Kurz nach 22 Uhr meldete Rheinland-Pfalz – als zweites Bundesland – ein vorläufiges amtliches Endergebnis an den Bundeswahlleiter.

Im Vorfeld der Wahl hatte es ein starkes Medieninteresse an dem Thema Briefwahl gegeben. Der Briefwähleranteil hatte sich bei zurückliegenden Wahlen – nicht zuletzt weil die Angabe von Gründen für die Beantragung von Wahlscheinen entfallen war – deutlich erhöht. Mit Abfragen bei den Kommunen kurz vor dem Wahltag wurden Presse, Rundfunk und Fernsehen mit den aktuellen Ständen zur Zahl der beantragten Wahlscheine versorgt.

Kommunalwahlen 2014

Neben der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl hat der Landeswahlleiter Novellierungsvorschläge hinsichtlich des Kommunalwahlgesetzes als auch der Kommunalwahlordnung eingebracht, die in vielen Fällen übernommen wurden. Ein Ziel des Gesetzgebers – die Erhöhung des Frauenanteils in den kommunalen Gremien – hat für das Statistische Landesamt eine neue Aufgabe zur Folge. Die von den Wahlvorschlagsträgern eingereichten Listen sowie das Geschlechterverhältnis in den Gremien werden in der so genannten Parité-Statistik ausgewertet.

Von besonderer Bedeutung ist die Prüfung der Auszählungsprogramme für die Feststellung der Kom-

munalwahlergebnisse durch den Landeswahlleiter. Diese erleichtern seit Einführung des Kumulierens und Panaschierens den Wahlvorständen die Ermittlung der Ergebnisse.

Wie bei allen Wahlen, finden Wahlberechtigte und Wahlvorschlagsträger wieder umfangreiches Informationsmaterial im Internetangebot des Landeswahlleiters

Europawahl 2014

Auch im Jahr 2014 wurde der Termin der Kommunalwahlen auf den Tag der Europawahl gelegt. Auch hierzu müssen alle Vorbereitungen getroffen werden, um am Wahlabend möglichst schnell das vorläufige amtliche Landesergebnis an den Bundeswahlleiter melden zu können und die interessierten Bürgerinnen und Bürger über das Abstimmungsverhalten in den Städten und Gemeinden zu informieren. Wie zur Bundestagswahl wird auch zur Europawahl eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt.

Landtagswahl 2016

Die Vorbereitungen für die Landtagswahl 2016 haben bereits begonnen. Für die Wahlkreiskommission wurden aktuelle Bevölkerungszahlen sowie Vorausberechnungen für die einzelnen Wahlkreise zusammengestellt, die Grundlage für mögliche Neueinteilungen sind. Ziel ist es, dass möglichst alle Wahlkreise annähernd gleich viele Wahlberechtigte haben. Darüber hinaus möchte der Gesetzgeber im Rahmen der Zulassung von Parteien zur Landtagswahl ein gesondertes Beteiligungsverfahren mit Rechtsschutzmöglichkeiten vorsehen. Auch hier ist der Landeswahlleiter in die gesetzgeberische Arbeit eingebunden.

Präsident und Landeswahlleiter
 Jörg Berres
 02603 71-2000
 praesident@statistik.rlp.de

Stellvertretender Amtsleiter: Harald Wirtz
 Stellvertretender Landeswahlleiter: Dr. Stephan Danzer

Abteilung, Referat	Aufgaben	Name	Telefon 02603-71-	E-Mail
Abteilung 1	Zentralabteilung, Büro des Landeswahlleiters	Dr. Stephan Danzer	2380	stephan.danzer@statistik.rlp.de
Referat 11	Presse, Auskunftsdienst	Jürgen Hammerl	3240	juergen.hammerl@statistik.rlp.de
Referatsgruppe 12	Analysen, Gesamtrechnungen; Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum	Dr. Ludwig Böckmann	2940	ludwig.boeckmann@statistik.rlp.de
Referat 12-1	Analysen	Dr. Ludwig Böckmann	2940	ludwig.boeckmann@statistik.rlp.de
Referat 12-2	Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt	Werner Kertels	4660	werner.kertels@statistik.rlp.de
Referat 12-3	Veröffentlichungen	Romy Siemens	4430	romy.siemens@statistik.rlp.de
Referat 12-4	Forschungsdatenzentrum	Dr. Stefan Weil	1510	stefan.weil@statistik.rlp.de
Referat 13	Recht, Datenschutz, Europa, Verwaltungsstelle Mortalität; Datenschutzbeauftragte	Dr. Sonja Leischner	1630	sonja.leischner@statistik.rlp.de
Referat 14	Haushalt	Elmar Doetsch	4760	elmar.doetsch@statistik.rlp.de
Referat 15	Personal, Organisation, Innerer Dienst, Controlling	Dr. Stephan Danzer	2380	stephan.danzer@statistik.rlp.de
Abteilung 2	Bevölkerung, Gesellschaft	Hans-Peter Fein	1390	hans-peter.fein@statistik.rlp.de
Referat 21	Bevölkerung, Gebiet, Zensus	Gerd Reh	2950	gerd.reh@statistik.rlp.de
Referat 22	Bildung	Bettina Link	2697	bettina.link@statistik.rlp.de
Referat 23	Mikrozensus, Haushaltserhebungen	Merle Hattenhauer	4810	merle.hattenhauer@statistik.rlp.de
Referat 24	Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege	Günter Ickler	3400	guenter.ickler@statistik.rlp.de
Abteilung 3	Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Finanzen, Steuern	Harald Wirtz	3300	harald.wirtz@statistik.rlp.de
Referat 31	Unternehmensstatistiken	Rainer Klein	2710	rainer.klein@statistik.rlp.de
Referat 32	Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt, Energie	Jörg Breitenfeld	2610	joerg.breitenfeld@statistik.rlp.de
Referat 33	Finanzen	Dr. Christoph Wonke	2360	christoph.wonke@statistik.rlp.de
Referat 34	Steuer- und Verwaltungsstatistiken	Dr. Dirk Schneider	2028	dirk.schneider@statistik.rlp.de
Abteilung 4	Informations- und Kommunikationstechnik, Register	Joachim Rünz	4550	joachim.ruenz@statistik.rlp.de
Referat 41	Softwareentwicklung, Informationssysteme, Datenmanagement	Stefan Klug	2340	stefan.klug@statistik.rlp.de
Referat 42	Unternehmensregister	Joachim Rünz	4550	joachim.ruenz@statistik.rlp.de
Referat 43	Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank und Produktionssteuerung	Angelo Beck	3550	angelo.beck@statistik.rlp.de
Referat 44	Infrastruktur und Betrieb C/S-Systeme	Joachim Müller	3510	joachim.mueller@statistik.rlp.de

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. So gelangen Sie direkt zum Internetangebot des Statistischen Landesamtes.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-3240
Telefax: 02603 71-193240

E-Mail: pressestelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referat „Presse, Auskunftsdienst, Vertrieb“

Autor: Jürgen Hammerl

Titelfoto: Iris Stadler

Erschienen im Juli 2014